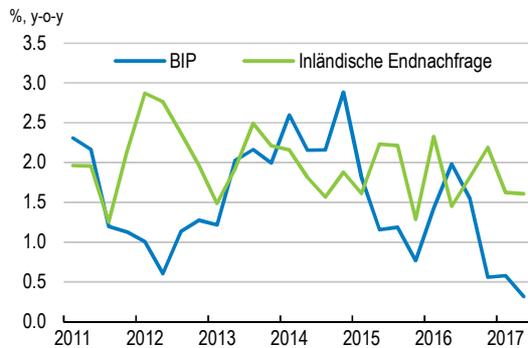


# Wirtschaftspolitischer Länderbericht Schweiz 2017

## Wirtschaft wächst langsam

### Bescheidenes Wachstum bei Output und Binnennachfrage

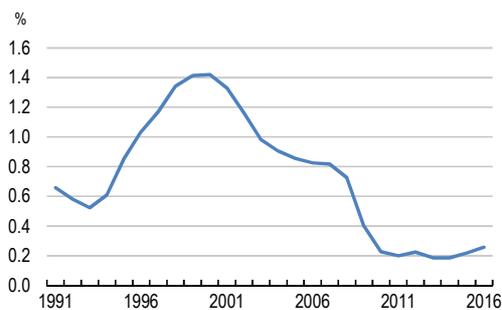


Quelle: SECO

Die Schweiz bietet nach wie vor einen hohen Lebensstandard. Die Wirtschaft zeigte sich bemerkenswert widerstandsfähig, zuletzt angesichts der Wechselkursaufwertung 2015. Das Wachstum blieb allerdings zu bescheiden, um ungenutzte Kapazitäten zu absorbieren oder das Pro-Kopf-Einkommen spürbar zu steigern. Unkonventionelle geldpolitische Massnahmen trugen dazu bei, dass die Inflation wieder in den positiven Bereich zurückkehrte, bringen aber andere Risiken mit sich. Der Leistungsbilanzüberschuss bleibt gross. Die Fiskalpolitik ist solide und dank der Schuldenbremse des Bundes liess sich die öffentliche Verschuldung senken. Prioritäre Ausgaben müssen deshalb aber aus anderen Bereichen finanziert werden. Es wird immer vordringlicher, die Nachhaltigkeit des Vorsorgesystems sicherzustellen und wirksame politische Massnahmen für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit in guter Gesundheit umzusetzen.

## Für höhere Einkommen braucht es ein stärkeres Produktivitätswachstum

### Trendwachstum der Arbeitsproduktivität stagniert

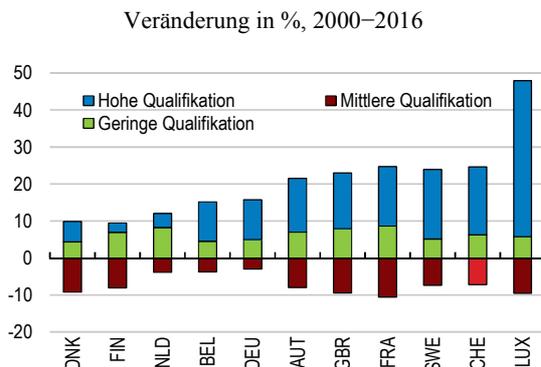


Quelle: OECD Economic Outlook Database

Seit dem Ende der 1990er-Jahre ist das Wachstum der Schweizer Arbeitsproduktivität gesunken und betrug in den letzten zehn Jahren nur noch ein Drittel des OECD-Durchschnitts. Bei der F&E und der Innovation belegt die Schweiz Spitzenplätze, es bräuhete aber eine breitere Abstützung, sowohl hinsichtlich der Unternehmen als auch der Branchen. Durch die Förderung des Markteintritts innovativer Start-ups liesse sich die jüngst entstandene Lücke zwischen den produktivsten Unternehmen («frontier firms») und dem Rest unter Umständen schliessen. Ein intensiverer Wettbewerb, mehr Dienstleistungshandel und Investitionen sowie eine geringere administrative Belastung könnten die Gründung innovativer Start-ups ankurbeln und das Wachstum wiederbeleben. Die Hochschulen können das Unternehmertum durch Inkubatoren fördern. Ausserdem könnte die Schweiz das Arbeitskräftepotenzial der Frauen sowie der Migrantinnen und Migranten besser ausschöpfen.

## Hohe Nachfrage nach Fachkräften

### Beschäftigungswachstum bei Tätigkeiten, die hohe Kompetenzen erfordern



Quelle: Eurostat

Das Schweizer Bildungssystem geniesst hohes Ansehen. Ihm sind unter anderem die hohen Beschäftigungsquoten zu verdanken. Die Nachfrage nach Fachkräften ist hoch, was so bleiben dürfte. Dies gekoppelt mit tiefgreifenden Veränderungen wie der Digitalisierung und dem Risiko einer rückläufigen Zuwanderung bringt für das Bildungssystem Herausforderungen mit sich. Das Angebot an Arbeitskräften mit Hochschulbildung muss weiter ausgebaut werden. Möglichkeiten für lebenslanges Lernen sollten auch nicht erwerbstätigen sowie weniger gut ausgebildeten Personen offen stehen und ältere Arbeitnehmende sollten zur Weiterbildung angeregt werden. Die frühe Selektion im Schulsystem wurde verringert, sie schränkt den Erfolg von sozioökonomisch benachteiligten Schülerinnen und Schülern aber nach wie vor ein.

WICHTIGSTE ERKENNTNISSE

HAUPTEMPFEHLUNGEN

**Expansion konsolidieren und hohen Lebensstandard erhalten**

Die Geldpolitik stützt das Wachstum und die Rückkehr zur Preisstabilität. Der Spielraum für eine noch stärker akkommodierende geldpolitische Ausrichtung ist gering und die Risiken für die Finanzstabilität nehmen zu. Die Finanzsituation ist stabil.

Anhaltende Nichtausschöpfung des Haushaltsbudgets vermeiden durch bessere Koordination der Verfahren auf Bundes- und subnationaler Ebene. Agrarsubventionen verringern und weitere Effizienzgewinne bei den öffentlichen Ausgaben realisieren, um Mittel zur Finanzierung von Massnahmen für die Förderung und die breitere Abstützung des Wachstums frei zu machen.

Die Immobilienpreise steigen nicht mehr so rasch, es besteht aber nach wie vor ein Ungleichgewicht. Teile des Bankensystems sind Immobilienrisiken stark ausgesetzt. Garantien der Kantone für ihre öffentlichen Banken stellen ein finanzielles Risiko dar und verzerrten den Wettbewerb. Es könnte zu einer Aufweichung der Kreditvergabestandards kommen.

Noch bestehende explizite kantonale Garantien für öffentliche Banken aufheben. Formellen Rahmen für die Festlegung der Beleihungsgrenzen für Hypotheken schaffen, der die Tragbarkeit berücksichtigt und durch ein «Comply or Explain»-Prinzip gestärkt wird.

Mit der Alterung der Bevölkerung verbundene Ausgaben belasten das Haushaltsbudget, was auf Kosten anderer Ausgaben geht. Die Ungewissheit für die Arbeitnehmenden bezüglich ihres Alterseinkommens und ihres Arbeitslebens wächst. Das Vorsichtssparen der Haushalte aufgrund der Unsicherheit über ihre Zukunft und zur Finanzierung teurer Immobilienkäufe könnte zum hohen Leistungsbilanzüberschuss beitragen.

Rentenalter für beide Geschlechter auf 65 Jahre festlegen und danach an die Lebenserwartung knüpfen. Finanzielle Anreize für den längeren Verbleib im Erwerbsleben vor der Pensionierung erhöhen. Programme für die Verlängerung eines gesunden Arbeitslebens fördern, darunter auch Programme zur präventiven Gesundheitsförderung. Lebenslanges Lernen, Laufbahnplanung und massgeschneiderte Unterstützung bei der Stellensuche fördern, um die Arbeitnehmenden besser auf Veränderungen vorzubereiten.

**Produktivität mit Blick auf langfristiges Wachstum ankurbeln**

Die staatlichen Eingriffe im Energie-, Telekom- und Transportsektor sind nach wie vor erheblich und der Wettbewerb ist schwach. Die Mitglieder der Wettbewerbsbehörde stammen teilweise aus Wirtschaftsverbänden, was der wahrgenommenen Unabhängigkeit dieser Behörde schadet. Der Marktzugang über Kantonsgrenzen hinweg gestaltet sich für diverse Berufe schwierig.

Mehr privates Eigentum im Energie-, Telekom- und Transportsektor schaffen und Zugangsschranken abbauen, einschliesslich Beschränkungen der Zahl der Konkurrenten. Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaftsverbänden als Mitglieder der Wettbewerbsbehörde ausschliessen.

Die Einschränkungen bei den Agrarimporten und beim Dienstleistungshandel sind substantiell, insbesondere was den Personenverkehr anbelangt. Durch neue Freihandelsabkommen liesse sich der Markt vergrössern, Skaleneffekte könnten erzielt und die Produktivität angekurbelt werden.

Handelsbarrieren bei Gütern und Dienstleistungen abbauen, insbesondere bei den stark geschützten Agrarprodukten. Laufende Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Ländern in Asien und des MERCOSUR abschliessen.

Die jungen Altersgruppen sind bei den Unternehmensgründungen schlecht vertreten. Die administrative Belastung ist hoch. Die Fragmentierung der staatlichen Förderung verringert deren Wirksamkeit.

Zentralen Online-Schalter für administrative Anliegen fertigstellen. Physische kantonale Kontaktstellen schaffen, um Beratungsdienstleistungen und öffentliche Finanzierungsprogramme zu optimieren.

Teile der Bevölkerung, insbesondere die Frauen, schöpfen ihr Potenzial nicht aus. Familiäre Pflichten werden unverhältnismässig häufig von den Müttern wahrgenommen und das Steuersystem hält Zweitverdiener vom Ausüben einer Erwerbstätigkeit ab. Eine rückläufige Zuwanderung könnte den Fachkräftemangel zusätzlich verstärken.

Bezahlbarkeit der Kinderbetreuung erhöhen. Einzeleinkommen anstatt Haushaltseinkommen besteuern oder vergleichbare Massnahmen einführen. Zuwanderung von Fachkräften aus Nicht-EU-Ländern erleichtern, um den Bedarf am Arbeitsmarkt abzudecken.

**Dynamische Fachausbildung und lebenslanges Lernen sicherstellen**

Immer mehr Tätigkeiten erfordern eine Hochschulausbildung. Es gibt viele freie Stellen in hochqualifizierten Sektoren. Die Trennung der Schülerinnen und Schüler zwischen allgemein- und berufsbildender Ausbildung nach der Sekundarstufe I schwächt die intergenerationelle Mobilität.

Detailliertere Daten zu Qualifikationen sammeln, um Bildungsangebote besser an sich verändernde Bedürfnisse des Arbeitsmarktes anpassen zu können. Durchlässigkeit zwischen allgemein- und berufsbildender Ausbildung erhöhen, indem bei den beruflichen Bildungswegen mehr akademischer Inhalt vermittelt wird und umgekehrt.

Das Berufsbildungssystem stützt sich auf Berufslehren ab, allerdings nehmen kleine Unternehmen eher selten daran teil. Das System hat generell flexibel auf Änderungen der Arbeitsmarktsituation reagiert, doch die schulische Berufsbildung könnte noch enger mit den Betrieben zusammenarbeiten.

Kleine Unternehmen dazu ermutigen, sich stärker an der Berufsbildung zu beteiligen, indem Lehrstellenverbände und die Zusammenarbeit mit Berufsbildungszentren, die einen Teil der Ausbildung der Lernenden übernehmen, gefördert werden. Zusammenarbeit von Berufsbildungssystem und Arbeitgeberverbänden bei der schulischen Berufsbildung verstärken.

Die Teilnahme an Weiterbildungen ist hoch, aber nicht breit abgestützt. Die öffentlichen Ausgaben sind gering und der Rahmen komplex.

Fördermittel verwenden, um Gruppen zum Besuch von Weiterbildungen zu veranlassen, die tendenziell kaum an solchen teilnehmen.